

Marcus Gräser

Der Bürgerkrieg und das amerikanische 19. Jahrhundert

Die Vorstellung eines ›langen 19. Jahrhunderts‹, die der englische Historiker Eric Hobsbawm populär gemacht hat (Hobsbawm 1962, 1977, 1989), scheint als Gliederungshilfe für die Geschichte der USA nicht recht zu passen. Hobsbawm nahm die Französische Revolution und den Beginn des Ersten Weltkrieges als Ausgangs- und Schlusspunkt seiner dreibändigen Darstellung des 19. Jahrhunderts – aber ein amerikanisches ›langes 19. Jahrhundert‹ müsste noch ›länger‹ sein als ein an europäischen Ereignissen gemessenes: Denn der Erste Weltkrieg begann für die USA ›offiziell‹ erst mit dem Kriegseintritt 1917 und das amerikanische Gegenstück zu ›1789‹ kann nur ›1776‹, das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, sein. Die Setzung eines derart ›langen‹ 19. Jahrhunderts für die USA zwischen 1776 und 1917 aber wäre insoweit nicht plausibel, als das Zerbrechen des Staates durch die Sezession der Südstaaten 1860/61 in seiner Bedeutsamkeit als Zäsur nicht recht zur Geltung käme. Gewiss lässt sich die Wiederherstellung des amerikanischen Nationalstaats durch den Sieg der Nordstaaten im Bürgerkrieg (1861–65) auch als Teil jenes welthistorischen ›Trends‹ der Nationalisierung und der Herausbildung/Stabilisierung von Nationalstaaten deuten. Dass dieser Trend auch in Europa nicht umstandslos zur Geltung kam, sondern mit Blockaden und Rückschlägen zu rechnen hatte, wurde durch die Ereignisse der Jahre 1848/49 deutlich genug. Aber nirgends in Europa – sieht man vom Schweizer Sonderbundskrieg 1847 einmal ab – zerbrach ein funktionierender Nationalstaat. Doch genau das geschah in den USA, die in zwei Staaten zerfielen: Während die *Confederate States of America* (CSA) sich selbst als ›fertigen‹ Staat ansahen und im Bürgerkrieg ›ihr‹ Territorium (und die *peculiar institution*, die Sklaverei) verteidigten, hielt der Norden die Fiktion der Union aufrecht und deutete die Sezession und die Bildung der CSA als Rebellion, was freilich nach der militärischen Niederlage des Südens 1865 keine umstandslose Rückkehr der Südstaaten in die Union zuließ: Erst nach der Verabschiedung neuer Verfassungen wurden die Südstaaten einzeln (wieder) in die Union aufgenommen.

Die Bedeutung des Bürgerkrieges

Der Zerfall der amerikanischen Nation, der durch die Sezession der Südstaaten manifest wurde, hatte sich bereits in den Jahrzehnten zuvor immer wieder als Möglichkeit abgezeichnet und konnte nur durch mühsame Kompromisse über das zentrale Konfliktthema – die Koppelung von Westexpansion und Expansion der Sklaverei – vorübergehend abgewendet werden. Tatsächlich bestand ein ›langes 19. Jahrhundert‹ in den USA also aus zwei ›kurzen‹ und deutlich voneinander unterschiedenen ›Hälften‹. In beiden Epochen vollzog sich der Versuch der Herausbildung einer amerikanischen Nation: Der erste Anlauf, der 1776 begonnen hatte, scheiterte 1860/61; mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges begann der zweite, dann erfolgreiche Versuch der Begründung eines Nationalstaates. Dass dieser zweite Versuch nicht gänzlich ›neu‹ ansetzte, sondern aus der Sicht des siegreichen Nordens nur die Wiederherstellung der Union (›minus‹ Sklaverei) darstellte, darf nicht über die tiefe Zäsur hinwegtäuschen, die der amerikanische Bürgerkrieg war: Was im Norden als gerechter Triumph erschien, bedeutete für den Süden eine gravierende – und dennoch unzureichende – Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges, dessen Folgen – die unvollkommene Emanzipation der Schwarzen und der praktizierte Rassismus der Weißen – noch lange, und über die Grenzen des Südens hinaus, Bedeutung haben sollten. Auch die ausgeprägte regionale Eigenständigkeit, die in der amerikanischen Geschichtswissenschaft unter dem Begriff »Sektionalismus« debattiert wurde (Turner 1925), wurde durch das Ende des Krieges nicht aufgehoben. Vor allem aber forcierte der Krieg und sein Ausgang erst recht jene Tendenzen, die nicht unwesentlich zu seinem Ausbruch wie auch zu den Ursachen des Sieges des Nordens zählten: Westexpansion, Industrialisierung und Zuwanderung. Alle diese drei Faktoren trugen nach 1865 zum weiteren Wachstum der USA bei, zugleich schwächten sie im Machtgefüge der USA weiterhin die Südstaaten: Mit der Westexpansion verband sich nun keine Chance mehr auf einen Machtzuwachs für die südstaatliche Elite wie noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der Süden – gemessen an seiner Bevölkerungszahl – überstark im Kongress und im Supreme Court repräsentiert war. Und die Industrialisierung – mit der die Zuwanderung aufgrund des Arbeitskräftebedarfs einherging – fand kaum im Süden statt, der aus diesem Grund auch nur einen geringen Teil der europäischen Zuwanderer anzog. Überdies war – und das hing mit den Faktoren Industrialisierung und Zuwanderung eng zusammen – die Urbanisierung am Süden fast völlig vorbeigegangen: Das Stadtwachstum (und das damit verbundene Maß an kultureller Innovation) fiel dort deutlich geringer aus als in den Nordstaaten.

Die Zäsur, die der Bürgerkrieg für die Geschichte der USA bedeutet, wird auch dadurch unterstrichen, dass die Niederlage des Südens die zentrifugalen Kräfte nicht völlig zum Erliegen brachte. Gewiss war die Sklaverei durch den 1865 in Kraft gesetzten 13. Zusatzartikel (*amendment*) zur amerikanischen Verfassung aufgehoben worden. Aber der Versuch des Nordens, durch eine – mit militärischer Besatzung gestützte – Politik der *reconstruction* in den Jahren nach dem Bürgerkrieg die Emanzipation der Schwarzen zu befördern und eine neue politische Elite sowie ein neues politisches System für die Südstaaten heranzubilden, scheiterte am Widerstand der alten Elite und der Kompromissbereitschaft der nordstaatlichen Republikaner. Fortan war der Weg frei für die Rekonstruktion der weißen Hegemonie und die Politik der Rassensegregation.

Darin unterscheidet sich – in einer etwas abstrahierenden Betrachtung – Zerbrechen und erneute Zusammenfügung der amerikanischen Nation auch von der nationalen Einigung Deutschlands in den Jahren zwischen 1848 und 1871. Die zeitliche Koinzidenz dieser beiden Ereignisse und die in beiden Fällen gegebene Verbindung von Krieg und nationaler Einheit hat die vergleichende Forschung stark angeregt (Potter 1968; Förster/Nagler 1997). Aber die Folge dieser kriegerischen Gründung/Wiedergründung von Nationalstaaten war insofern unterschiedlich, als in Deutschland nach 1871 eine Politik der »inneren Reichsgründung« praktiziert wurde, die auf den unterschiedlichsten Wegen (Weichlein 2004) nach einer Vereinheitlichung der ungleichen Reichsteile und nach der Schaffung gemeinsamer Trends suchte, während in den USA die »innere Reichsgründung« durch die Reconstruction nur als Besatzungsherrschaft im Süden Bestand hatte und 1877 dem politischen Kompromiss geopfert wurde. Fortan fehlte, was in Deutschland die Reichsvereinheitlichung maßgeblich vorantrieb: eine starke Nationalregierung, deren administrative Kompetenz noch in die hintersten Landeswinkel reichen konnte.

Der Bürgerkrieg ist das Schlüsselereignis des amerikanischen 19. Jahrhunderts und der folgende Text will einen Abriss seiner Ursachen, seines Verlaufs und (einiger) seiner Folgen geben. Der Bürgerkrieg gibt Gelegenheit, danach zu fragen, was die amerikanische Nation zusammengebunden und was sie getrennt hat. Es liegt nahe und ist nicht falsch, den Bürgerkrieg mit dem Problem der Sklaverei in den Südstaaten in Verbindung zu bringen, aber es erklärt den Bürgerkrieg, seinen Ausbruch und seinen Verlauf nicht so eindeutig, wie es die populäre Lesart wahrhaben will: Schließlich ist die Sklaverei als Institution auf nordamerikanischem Boden zum Zeitpunkt der Sezession schon rund 240 Jahre »alt« gewesen, ohne dass es in dieser Zeit zu einem substanziellen politischen Konflikt darüber gekommen ist. Abraham Lincolns berühmtes, dem Matthäusevangelium (12, Vers 25) entlehntes Diktum »A House divided against itself cannot stand« markiert die politische Entzweiung in den Jahren vor dem Bürgerkrieg, aber es erklärt nicht, warum das »Haus« solange schon gestanden hat. Woher rührte die Stabilität der USA in den ersten Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit? Was hatte dazu beigetragen, dass die Sklaverei über einen langen Zeitraum nicht als eine substanziell trennende Institution wahrgenommen worden war?

Die Kohäsion des amerikanischen Nationalstaates

Zunächst halfen der Erfolg der »First New Nation« (Lipset 1963) und die gemeinsame Herkunft der dreizehn Gründerstaaten aus dem britischen Kolonialreich dabei, den strukturellen Konflikt zwischen Staaten mit und ohne Sklaverei zu überspielen. Ohnehin war die »Demarkationslinie« zwischen sklavenhaltenden Staaten und sklavenfreien Staaten noch bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein nicht so strikt gezogen wie es die spätere Gegenüberstellung von Nord und Süd erscheinen lässt. Die Sklaverei war anfangs auch in den nördlichen Kolonien, vor allem auch in New York und New Jersey, verbreitet – nur war die Zahl der Sklaven dort aufgrund der vom Süden und seiner typischen sklavenbasierten Wirtschaftsweise der Plantagenökonomie (Baumwolle, Tabak, Reis) unterschiedenen Wirtschaftsform (family farms, Handwerk) eher gering. Deshalb konnte die Sklaverei dort auch eher problemlos in den ersten Jahrzehnten der Republik sukzessive und ohne

große öffentliche Verhandlung abgeschafft werden. Die amerikanische Verfassung, die die *Constitutional Convention 1787* den Einzelstaaten zur Ratifizierung vorlegte, traf keine Aussage zur Zukunft der Sklaverei als Institution. Aber sie ignorierte die Sklaverei nicht: Am deutlichsten wurde dies in jener Regelung, die es den sklavenhaltenden Staaten erlaubte, drei Fünftel der Sklavenpopulation der Einwohnerzahl hinzuzurechnen, die der Bemessung der Sitzzahl im Repräsentantenhaus zugrunde gelegt wurde. Die Interpretation der Verfassung heizte den Konflikt zwischen sklavenhaltenden und sklavenfreien Staaten in den Jahren nach 1820 nicht wenig an – aber im Augenblick der Herausbildung und Verabschiedung der amerikanischen Verfassung, in der ja nicht wenige Teile der Verfassung einer heftigen öffentlichen Debatte unterworfen worden waren (*Federalists* vs. *Antifederalists*), war die Sklaverei nicht das entscheidende Thema gewesen.

Die Verfassung war neben dem erfolgreich bestandenen Kampf um die Unabhängigkeit vom englischen Mutterland das zweite sichtbare Stück der gelungenen Staatlichkeit und band – auch noch in der Debatte um unterschiedliche und zulässige Interpretationen – das neue Gemeinwesen USA zusammen. Das heikle Problem der Führung eines republikanischen Gemeinwesens löste sich schnell durch die sichere und gänzlich unmonarchische Präsidentschaft des erfolgreichen Heerführers George Washington (1789–97 im Amt). Ungeachtet der traditionsbildenden Kraft, die in der Amerikanischen Revolution und der Verfassung lag, band aber die frühe Republik nicht eine emphatisch gefeierte Tradition mitsamt Heldenverehrung zusammen, sondern eher das Gegenteil: Zur Republik gehörte ein Misstrauen nicht nur gegenüber ›Helden‹, sondern auch gegenüber jedem ›Gebrauch‹ der Vergangenheit. John Quincy Adams, der sechste Präsident der USA (1825–29), schrieb klipp und klar: »Democracy has no monuments. It strikes no medals. It bears the head of no man on a coin.« (Kammen 1991:19) Ganz in diesem Sinne weigerte sich sein Nachfolger Andrew Jackson (1829–37) in einem ihm angebotenen römischen Sarkophag bestattet zu werden: »I do not think the sarcophagus of a Roman Emperor a fit receptacle for the remains of an American Democrat.« (zit. nach ebd.:19)

An die Stelle der Tradition als ›Kitt‹ und Stabilisierung der Herrschaft trat in den USA etwas, das gewissermaßen als Kehrseite einer Verweigerung der Tradition gesehen werden kann: ein Kult des ›Neuen‹ und die Orientierung auf den ›Fortschritt‹. Das schien zur revolutionären Staatsgründung und zur dauernden Abgrenzung gegenüber den ›korrupten‹ europäischen Staaten zu passen. Tradition war europäisch – und konnte nicht amerikanisch sein, jedenfalls so lange nicht, wie das Selbstverständnis des Amerikaners davon ausging, wie Orestes A. Brownson es 1836 formulierte, er sei aus der Tradition ›herausgewachsen‹ (in des Wortes doppelter Bedeutung, »we have outgrown tradition«, zit. nach ebd.:42) Wer aber aus der Tradition herauswuchs, musste sich die beiden anderen Zeiten vornehmen. George Perkins Marsh schrieb 1843: »It belongs to the character of youthful and vigorous nations to concern themselves with the present and the future rather than with the past.« (zit. nach ebd.:42). Man mag in einem solchen Verzicht auf Tradition und Erinnerung durchaus eine Schwäche der nationalen Identität der USA in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz sehen. Aber der Verzicht auf eine Identitätssetzung durch den beständigen Rekurs auf eine ›große‹ Vergangenheit (die ja durchaus auf zeitlich engem Raum stattfinden darf) war passgenau für eine Nation, die eher einen Raum zu füllen als ein ›Volk‹ zu essenialisieren hatte. Die – vielleicht tatsächlich typisch europäische – Sicht auf die große Bedeutung von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungsorten darf nicht

den Blick dafür verstellen, dass der amerikanische ›Verzicht auf Vergangenheit‹ letztlich denselben – identitätsstiftenden – Nutzen haben konnte wie die Sättigung mit Tradition in Europa. Die Funktion beider Sentiments bestand darin, eine Integrationsfiguration (härter formuliert: eine Integrationsideologie) anzubieten, die für die vorhandene (und erwartete) Bevölkerung die Zustimmung zum Gemeinwesen USA plausibel machen sollte. Und die Verpflichtung auf das ›Neue‹ und die Zukunft bot die besten Chancen für die Verwandlung einer rasch wachsenden, zum nicht geringen Teil eingewanderten und heterogenen Bevölkerung in eine republikanische Zustimmungsgemeinschaft. Die Verquickung von neuer politischer Organisation – und die USA waren als Republik auf der Grundlage eines großen Territoriums ja tatsächlich etwas ›Neues‹ – und der ›Zukunft‹ an sich ließen die USA als Inkarnation des Fortschritts erscheinen, der im Gegensatz zu den traditions-satten europäischen Gesellschaften zu stehen schien. Wer sich aufs ›Neue‹ verließ, brauchte Regeln (die Bedeutung der Verfassung!) und Disziplin – und auch das konnte als ›Kitt‹ für die heterogene Gesellschaft der jungen Republik dienen: Ralph Waldo Emerson sah keinen Gegensatz zwischen dem Verzicht auf Tradition und einem durch Regeln geleiteten Leben: »live by principles instead of traditions«, rief er seinen Landsleuten zu (Kammen 1991:43).

Wenn es freilich eine Gruppe in der amerikanischen Bevölkerung gab, die nicht ganz auf das verzichteten wollte, was ihr ›traditionell‹ vorkam, dann waren es die südstaatlichen Plantagen- und Sklavenbesitzer – jene Gruppe, die gelegentlich als ›Aristokratie‹ bezeichnet wurde, sich gern am Lebensstil des englischen Landadels orientierte und auch als Träger eines genuin amerikanischen Konservatismus in Frage kam (Genovese 1994). Aber auch die politische Elite des Südens, die sich aus dem Kreis der großen Sklavenbesitzer rekrutierte, nahm Anteil an jener Zukunftserwartung der amerikanischen Nation, die sich vor allem in den Möglichkeiten der Westexpansion manifestierte. Es war der Nexus aus Westexpansion und Sklaverei, genauer: die Möglichkeit einer Ausdehnung der Sklaverei in die neuen Staaten des Westens, die aus dem moralischen Problem der Sklaverei ein politisches Problem werden ließ. Dieser Nexus beschwor in den Jahren seit 1820 ein Konfliktszenario herauf, das schließlich mit der Herausbildung der Republikanischen Partei und der Präsidentschaftskandidatur Abraham Lincolns 1860 eine politische Fassung erhielt, die den lang schwelenden Konflikt erst zur Sezession der Südstaaten und damit zum Bürgerkrieg zuspitzte.

Die Ambivalenz der Westexpansion

Die Westexpansion hatte sich damit als höchst ambivalentes Phänomen in der amerikanischen Geschichte des 19. Jahrhunderts erwiesen: Sie trug einerseits zum Zerfall der amerikanischen Nation bei, war aber andererseits in den Jahren seit der Unabhängigkeit (im Grunde bereits in der späten Kolonialzeit) und dann wieder im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch ein weiterer Faktor des Zusammenhalts gewesen, insofern als die offene Siedlungsgrenze im Westen und der dadurch zur Verfügung stehende Raum die amerikanische Nation im wahrsten Wortsinn ›groß‹ gezogen hatte (Burton 2007:16f). Die Westexpansion, die allmähliche Erschließung, Inbesitznahme und Besiedlung des weiten Territoriums zwischen dem ursprünglichen Siedlungsraum an der Ostküste und

dem Pazifik (begrenzt durch die – eher unbestritten bleibenden – Nordgrenzen zu Britisch-Nordamerika/Kanada und die – stark umstrittenen – Südwestgrenzen mit Mexiko) begann mit dem Kauf des großen Louisiana-Territoriums von Frankreich 1803. Damit war das amerikanische Staatsgebiet auf einen Schlag verdoppelt worden. Der Westen wurde konstitutiv für die amerikanische Nations- und Staatsbildung. Ganz im Gegensatz zum europäischen Nationalstaatsmodell figurierte im amerikanischen Fall der offene Raum, die nicht eindeutig feststehende Grenze als *Movens* der nationalen Vergemeinschaftung. Das berühmte Schlagwort vom »Manifest Destiny« band Westexpansion und ein Gelingen der amerikanischen Nation eng aneinander. Der Journalist John O'Sullivan hatte diesen Begriff 1845 geprägt. Für ihn war es die »manifest destiny« der USA »to overspread the continent allotted by Providence for the free development of our yearly multiplying millions« (Stephanson 1995:XI). O'Sullivans Phrase diente auch als knappe Kennzeichnung der territorialen Expansion im Südwesten: Im Amerikanisch-Mexikanischen Krieg (1846–48) verlor Mexiko fast die Hälfte seines Staatsgebiets an die USA.

Der Westen (die neu in die Union aufgenommenen Staaten im Nordwesten und im Südwesten) aber blieb lange in einer Abhängigkeit von den etablierten Staaten der Ostküste. Der Westen wuchs nicht zu einer Eigenständigkeit heran, die den Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden über die Institution der Sklaverei hätte ausbalancieren können. Die Dichotomie aus Nord und Süd wurde nicht abgelöst durch eine Trias aus Nord, Süd und West – mit dem Westen als stabilisierendem Faktor. Der Westen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vieles für die USA: *Frontier*, Mythos, *Destiny*, Planungshorizont für die Eisenbahnen und andere technische Innovationen. Aber politisches Gewicht hatten die Staaten des Westens, die natürlich auch dünner besiedelt waren als die älteren Staaten im Osten, noch lange nicht. Nicht der Westen entschied über die Staaten an der Ostküste, sondern diese entschieden über den Westen als Raum der inneren Kolonisation. Die *Northwest Ordinance* markierte hier den entscheidenden ersten Schritt: Bereits 1787 hatte der Continental Kongress noch unter den alten *Articles of Confederation* jene *Ordinance* erlassen, die 1789, nach der Ratifizierung der neuen Verfassung, vom neuen Kongress bestätigt wurde. Die *Ordinance* lieferte das Regelwerk für die Herstellung von Staatlichkeit im Raum nördlich und westlich des Ohio River. Die etablierten Staaten hatten schon ein Auge auf diesen Raum geworfen und waren geneigt, ihre Grenzen eigenmächtig in Richtung Westen zu verschieben. Der Kongress aber wollte sich die Kontrolle über das noch unerschlossene Land vorbehalten, auch um über Landverkäufe die im Unabhängigkeitskrieg angefallenen Kriegsschulden und Soldatenlöhne bezahlen zu können. Das Regelwerk sah vor, dass ein Territorium ab einer Einwohnerzahl von 60.000 sich eine Verfassung geben und damit um Aufnahme als Staat in die Union nachsuchen konnte. 1803 trat Ohio, 1816 Indiana und zwei Jahre später Illinois auf der Grundlage der *Northwest Ordinance* in die Union ein, 1837 folgte Michigan und 1848 Wisconsin. Die »Belohnung« der Westwanderung der Siedler durch die Aufnahme als Bundesstaat in die Union suggerierte eine Ordnung durch den Kongress, dem freilich das Enforcement manchmal fehlte. So versprach die *Ordinance*, dass den Indianern kein Land ohne ihre Zustimmung weggenommen werden würde. Faktisch aber gingen die Siedler davon aus, dass mit dem Voranschreiten ihrer Siedlung und der Herstellung von Staatlichkeit die Indianer Platz zu machen hätten.

Das galt nicht nur in den Territorien, die von der *Northwest Ordinance* betroffen waren: Stärker noch als im Nordwesten wurde die indigene Bevölkerung im Süden zum Opfer des westwärts gerichteten Stroms der Siedler. Der *Indian Removal Act* von 1830 – und der Name sprach das Ziel deutlich aus – führte zu einer Reihe von mit Gewalt vollzogenen Umsiedlungen von rund 100.000 Indianern auf das neu geschaffene Indian Territory westlich des Mississippi, auf dem Boden der heutigen Bundesstaaten Kansas und Oklahoma. Die größte Gruppe, die westwärts gedrängt wurde, waren die Cherokee aus dem Gebiet von Georgia. Von den 16.000 Cherokee haben rund 4.000 die Umsiedlung nicht überlebt – in die Geschichte der Cherokee ist dieser traumatische Vorgang der Jahre zwischen 1835 und 1838 als *trail of tears* eingegangen (Perdue/Green 2007). Die indigene Bevölkerung aber geriet nicht nur durch die forcierte Umsiedlung in Bedrängnis, sondern auch durch Epidemien und Mangelkrankheiten, die von den weißen Siedlern übertragen wurden. Der Prozess der Dezimierung der indigenen Bevölkerung, der gleich zu Beginn der europäischen Landnahme und des Kontaktes zwischen Europäern und Indianern im 16. und 17. Jahrhundert begonnen hatte, setzte sich unvermindert fort – der Siedlungserfolg der wachsenden amerikanischen Bevölkerung im Westen bedeutete für die Indianer eine demographische Katastrophe: 1845, bevor in Kalifornien Gold entdeckt wurde, lebten im Raum des 1850 konstituierten Staates rund 150.000 *native Americans* – 1860, nachdem der Goldrausch über Kalifornien hereingebrochen war, waren es nur mehr rund 35.000.

Sklaverei als nationales Problem

Nicht nur in der Frage der Behandlung der indigenen Bevölkerung hatte sich eine Kluft zwischen der moderaten Absicht der *Northwest Ordinance* und der gewaltsamen Verdrängung durch Siedler und Staat aufgetan. Auch in der Frage der Sklaverei lagen Absicht und Praxis auseinander: Die *Ordinance* sah vor, dass Sklaverei im gesamten Territorium des Nordwestens nicht vorkommen solle. Aber im Süden der Territorien von Indiana und Illinois existierte anfangs sehr wohl – als Folge der Besiedlung von den etablierten Südstaaten her – eine ›eingeschleppte‹ Sklaverei, die bis weit ins 19. Jahrhundert hinein den Süden der neuen Staaten Indiana und Illinois wirtschaftlich und kulturell eher an die Südstaaten band als an den Norden und die Ostküste. Der Transfer der Sklaverei in die neuen Territorien im Westen ist ein Zeichen dafür, dass die Gründung der neuen Staaten oft ein ›Projekt‹ der alten Staaten war. Von dort kamen die Siedler, sie boten in ihren Verfassungen ein politisches Modell und halfen bei der Erschließung des neuen Staates. Die Westexpansion vollzog sich als eine ›Verlängerung‹ der Besonderheiten der etablierten Staaten der Ostküste in Richtung Westen. Wenigstens für die ersten Jahre der Besiedlung des ›nahen‹ Westens kann fast davon gesprochen werden, dass im Westen Gesellschaft und politisches Gefüge der alten Staaten ›imitiert‹ wurden – unter den besonderen topographischen und klimatischen Gegebenheiten des Westens.

Der Nexus zwischen Virginia und Kentucky ist ein Beispiel für diesen Prozess der Staatsgründung durch Filiation und die Folgen, die dies für die agrarische Siedlung hatte. Kentucky bildete das Hinterland Virginias und wurde bis zum Augenblick der Staatswerdung 1792 von Virginia verwaltet. Ganz entscheidend für die Besiedlung aber

war natürlich die Frage, wie – unter welchen Umständen – das Land erschlossen und an Eigentümer verteilt werden konnte. Die Hoffnung nicht weniger Siedler auf eine weitgehend egalitäre Farmergesellschaft im Westen hatte ihre Rechnung ohne die politischen Eliten in Virginia gemacht. Diese hatten es 21 Personen bzw. Landkaufgesellschaften erlaubt, Grundbesitz in der Größenordnung von durchschnittlich 100.000 acres zu erwerben, während üblichen Siedlern der Ankauf von landwirtschaftlicher Fläche nur bis zur Größe von 1400 acres (rund 560 Hektar) erlaubt war. Die ungleiche, politisch hergestellte Ausgangskonstellation und der Umstand, dass viele Siedler gar nicht über genügend Geld verfügten, um Land kaufen zu können, führte dazu, dass in Kentucky im Augenblick der Staatwerdung eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern und Spekulanten ein Viertel des Bodens besaß, während die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung gar kein Land ihr Eigen nannte, sondern es nur pachten konnte (Henretta/Brody/Dumenil 1999:203ff).

Der Versuch der etablierten Staaten im Norden und Süden, ›ihre‹ Gesellschaftsordnung und ihren politischen Einfluss in den Westen zu transferieren, führte seit dem frühen 19. Jahrhundert freilich zu wachsender Nervosität auf beiden Seiten. Je weiter der Staatsbildungsprozess in Richtung Westen voranschritt, um so mehr musste die Balance aus sklavenhaltenden und sklavenfreien Staaten in Gefahr geraten. Mississippi und Alabama, die das Hinterland von South Carolina und Georgia bildeten, waren 1817 und 1819 als Staaten in die Union aufgenommen worden und Tausende weißer Pflanzer zogen mit ihren Sklaven in die neuen Staaten, um dort Baumwolle zu produzieren. Das Vordringen der Sklavenhalter in die neuen Territorien des Westens aber wurde nicht nur durch der Plantagenökonomie abträgliche klimatische und topographische Faktoren eingeschränkt, sondern auch durch politische Kompromisse, die zur Wahrung der Balance beitragen sollten: 1820 kam es zum *Missouri Compromise*, der die Frage nach der Sklaverei im Westens regeln sollte. Nördlich des 36. Breitengrades wurde Sklaverei verboten, mit Ausnahme von Missouri, das 1821 als sklavenhaltender Staat in die Union aufgenommen wurde. Der Kompromiss sah die (fast) zeitgleiche Aufnahme von Maine als sklavenfreien Staat in die Union vor, so dass im Senat sklavenhaltende und sklavenfreie Staaten wie zuvor in gleicher Zahl vertreten waren.

Kompromisse und ihr Scheitern

Der siegreiche Krieg gegen Mexiko (1846 bis 1848) und die starken Gebietsgewinne im Südwesten drohten die Balance des Nordens und des Südens erneut in Gefahr zu bringen. Der demokratische Abgeordnete aus Pennsylvania, David Wilmot, brachte 1846 einen Antrag im Kongress ein (das sog. *Wilmot proviso*), der das Ziel hatte, Sklaverei in den von Mexiko eroberten Gebieten für unzulässig zu erklären. Diese Initiative zeigte stärker noch als die Auseinandersetzungen um den *Missouri Compromise* die Gespaltenheit in den politischen Gremien. Im Repräsentantenhaus kam eine Mehrheit für den Antrag zustande, weil Teile der Demokraten aus dem Norden (um Martin van Buren) zusammen mit den Gegnern der Sklaverei aus der Whig-Partei für Wilmots Initiative stimmten. Im Senat aber war eine Mehrheit gegen die südstaatlichen Senatoren und die Sklavereibefürworter unter den nordstaatlichen Demokraten nicht zu erreichen, und Wilmots *proviso* wurde nicht Gesetz (McPherson 1988:53f). Mit dem Eintritt von

Texas und Florida in die Union (1845) standen fünfzehn sklavenhaltende Staaten gegen dreizehn sklavenfreie Staaten. Mit dem Eintritt der sklavenfreien Staaten Iowa (1846) und Wisconsin (1848) aber wurde das Gleichgewicht wiederhergestellt.

Die Spaltung innerhalb der Demokratischen Partei, die in den Abstimmungen über das Wilmot *proviso* zu Tage trat, setzte sich in den kommenden Jahren fort. Damit entfiel eine Klammer, die bis dahin die Nord- und die Südstaaten verbunden hatte. Denn die Demokratische Partei, die als älteste Partei der USA in ihren Anfängen auf Jefferson zurückging, wies zwar in den unterschiedlichen Landesteilen eine andere Constituency auf (und ähnelte so gar nicht dem europäischen Typus einer an sozialen Klassen und Weltanschauungen ausgerichteten Partei), stand aber doch mit ihrer weiten Verbreitung für den Typ einer ›nationalen‹ Partei, die sektional motivierte Konflikte in sich hätte austragen können. Das aber gelang spätestens seit dem Wilmot *proviso* nicht mehr.

Tatsächlich zerfiel in den immer schwieriger werdenden Kompromissbildungen über die Aufnahme neuer Staaten im Westen allmählich das alte Parteiensystem. Der Kompromiss von 1850, der Kalifornien als sklavenfreien Staat in die Union aufnahm, versprach dem Süden als Entschädigung einen neuen *Fugitive Slave Act*, der die Bestimmungen aus dem Jahr 1793 über die Rückführung entlaufener Sklaven verschärfen sollte (McPherson 1988:80ff). Dieses Gesetz, das faktisch das Kidnapping von geflohenen Sklaven in den Staaten des Nordens legalisierte, führte zum Zerwürfnis in der Whig-Partei: Whigs aus den Südstaaten fühlten sich unter Druck gesetzt durch die ablehnende Haltung, die viele prominente nordstaatliche Whigs der Sklaverei gegenüber einnahmen, und unterstützten darum die südstaatlichen Demokraten. Vollends führte der *Kansas-Nebraska Act* des Jahres 1854 dann zum Zerbrechen des alten Parteiensystems und zum Aufstieg einer neuen Partei (ebd.:121). Dieser *Act*, der im Wesentlichen von dem demokratischen Politiker Stephen Douglas aus Illinois vorangetrieben wurde, verlagerte die Entscheidung über die Zulassung der Sklaverei in die neu abgesteckten Territorien Kansas und Nebraska: Die Bevölkerung dort sollte selbst darüber entscheiden. Dieses Maß an *popular sovereignty* führte in Kansas in den folgenden Jahren immer wieder zu gewalttätigen Konflikten – zu einem lokalen *civil war* –, da der Zustrom von Sklavereibefürwortern aus dem Süden auf Zuwanderung von Sklavereigeegnern aus dem Norden stieß (Burton 2007:70f).

Für die Gegner der Sklaverei im Norden aber war der *Kansas-Nebraska Act* von 1854 schon kein ›Kompromiss‹ mehr, sondern ein definitiv überflüssiger Schritt zur Expansion der verhassten Sklaverei in den Westen. Längst war die Sklaverei im Norden zu einem Skandalthema geworden. Nicht nur die Westexpansion der Sklaverei erregte Ärgernis, sondern mit dem *Fugitive Slave Act* schien der Norden zu Handlangerdiensten für die südstaatlichen Sklavenbesitzer gezwungen zu werden. Die *abolitionists*, die seit Jahren durch Druckschriften, aber auch durch die Organisation der *underground railroad*, des Netzwerks für flüchtende Sklaven, gegen das System der Sklaverei gearbeitet hatten, fanden nun in der Öffentlichkeit immer mehr Gehör. Großes Aufsehen rief auch das Schicksal von Dred Scott hervor: Scott war als Sklave mit seinem ›master‹ seit Jahren in den sklavenfreien Staaten des Mittleren Westens ansässig und kämpfte vor Gericht um seine Freiheit. Der Aufenthalt in sklavenfreien Staaten, so sein Argument, habe ihn frei gemacht. 1857 schließlich sprach der Supreme Court sein Urteil: Scott blieb Sklave. Mehr noch: In seiner Urteilsbegründung schrieb Chief Justice Roger B. Taney, dass Schwarze, einerlei ob versklavt oder frei, nicht Bürger der USA sein könnten

und daher auch gar kein Recht zur Klage hätten (*Dred Scott vs. Sanford*; McPherson 1988:172–77). Dieses Ausmaß an Rechtlosigkeit demonstrierte der Öffentlichkeit im Norden mit aller Deutlichkeit, dass der Supreme Court mehrheitlich eine Neigung zur Position der Sklavenhalter aufwies. Für Senator William H. Seward aus New York (er sollte später Secretary of State in der Administration Lincolns werden) war der Supreme Court – und Präsident James Buchanan – Teil einer »slave power conspiracy« (Henretta/Brody/Dumenil 1999:386). Der Roman »Uncle Tom's Cabin«, den Harriett Beecher Stowe 1852 veröffentlicht hatte, darf in der Wirkung auf die öffentliche Meinung im Norden nicht unterschätzt werden. In diesem Roman, der ganz im abolitionistischen Geist verfasst worden war, schilderte die Schriftstellerin das Schicksal von Tom und anderen Sklaven, die alle Unbill der Sklaverei zu ertragen hatten. Das Buch wurde mit mehr als dreihunderttausend verkauften Exemplaren zum großen buchhändlerischen Erfolg seiner Zeit (Wilson 1962:3–58).

Der Aufstieg der Republikanischen Partei

Der *Kansas-Nebraska Act* wirkte als Katalysator der Parteibildung: Nordstaatliche Demokraten, Sklavereigeegner unter den *Whigs* und Vertreter des Free Soil Movement schlossen sich in den Kongresswahlen des Jahres 1854 zur Republikanischen Partei zusammen. Diese neue Partei, deren Ideologie sich mit den Schlagworten »Free Soil, Free Labor, Free Men« kennzeichnen lässt (Foner 1970), war eine rasch erfolgreiche Sammlungspartei, die der Tendenz der Nordstaaten in Richtung einer auf freier Arbeit und freier Verfügbarkeit des Bodens beruhenden Industriegesellschaft politischen Ausdruck verlieh. Fast lässt sich das politische Ziel der Republikanischen Partei vor dem Bürgerkrieg als das einer »klassenlosen Bürgergesellschaft« bezeichnen (zum Begriff, ohne Anwendung auf die USA: Gall 1975). Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich die neue Partei und ihr Kandidat Lincoln keineswegs die Abschaffung der Sklaverei auf ihre Fahnen geschrieben hatte – sie sprach sich nur vehement gegen die Expansion der Sklaverei in die neuen Staaten aus und verurteilte den *Fugitive Slave Act*. In jedem Fall waren die Republikaner die »beste« Partei, die den mitteleuropäischen Demokraten von 1848/49, die nach dem Scheitern der Revolutionen in die USA emigriert waren, passieren konnte. Nicht wenige von ihnen engagierten sich für die Sache der Partei – und die Sache der Nordstaaten – im Bürgerkrieg (Levine 1992). Freilich wurde die neue Partei damit nicht zu einer »nationalen« Partei, die in allen Landesteilen vertreten war. Sie war ganz eindeutig die Partei des Nordens und Lincoln reüssierte als ihr Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1860 nur in den Nordstaaten.

In den Nordstaaten fiel es leicht, das eigene, sektionale Interesse im Einklang mit dem Fortschritt der eigenen Nation zu sehen. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Nordstaaten zielte in die Richtung, die auch die starken Staaten Europas, vor allem Großbritannien, nahmen. Die Dynamik des Nordens, die auf freier Lohnarbeit und dem Voranschreiten der Industrialisierung beruhte, erwies sich als Magnet: Die vielen Auswanderer aus Europa siedelten sich zum großen Teil in den sklavenfreien Staaten des Nordens an. Das verlieh dem Norden Selbstbewusstsein. Im Süden hingegen war in den Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg, ungeachtet der Erfolge in der Expansion der Sklaverei,

das Gefühl einer Einheit aus sektionalem und nationalem (verstanden im Sinne der Union) Interesse immer schwächer geworden. Das gab in den Südstaaten Anlass zum Nachdenken über Alternativen. Schon in der *nullification crisis* der Jahre 1832/33 hatte sich South Carolina, das 1860 als erster Staat aus der Union austreten sollte, als Speerspitze einer Haltung präsentiert, die von dem einflussreichen Politiker John C. Calhoun formuliert worden war und »state's rights« den Vorrang vor der Politik des Nationalstaats einräumen wollte (Burton 2007:58). Als der Kongress 1832 Beschwerden der Südstaaten über die nationale Schutzzollpolitik nicht aufgegriffen hatte, erließ eine *state convention* in South Carolina die »Ordinance of nullification«, die die Zollgesetzgebung der Union aus den Jahren 1828 und 1832 außer Kraft setzte, die Eintreibung des Zolls in South Carolina verbot und für den Fall einer Zwangseintreibung mit der Sezession drohte.

Dieser Konflikt hatte durch die Kompromissbereitschaft des Präsidenten Andrew Jackson in der Zollpolitik 1833 noch einmal beigelegt werden können. Aber South Carolina blieb auf Konfliktkurs, und es kam nicht von ungefähr, dass dieser Staat im Augenblick der Wahl Lincolns mit den Vorbereitungen für die Sezession begann. Am 20. Dezember 1860 erklärte ein vom Parlament des Staates South Carolina einberufener und ermächtigter Konvent den Austritt aus der Union. Diesem Schritt folgten bis Anfang Februar 1861: Mississippi, Florida, Alabama, Georgia, Louisiana und Texas. Diese Staaten schlossen sich am 4. Februar 1861 zu den »Confederate States of America« zusammen, gaben sich eine provisorische Verfassung und setzten den langjährigen Senator von Mississippi (und ehemaligen Secretary of War der Union) Jefferson Davis als Präsidenten ein (Thomas 1991:58–78). Nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen im April 1861 – Truppen der CSA hatten Unionstruppen in Fort Sumter, unmittelbar in der Hafeneinfahrt der Hauptstadt South Carolinas, Charlotte, gelegen, beschossen und zur Aufgabe gezwungen – traten auch Virginia, Arkansas, Tennessee und North Carolina aus der Union aus und komplettierten die *Confederacy*.

Die Sezession

Lincolns Devise – »A House divided against itself cannot stand« – konnte umstandslos auch als Deutungsmuster des Südens gelten. Der Aufstieg der Republikanischen Partei und die Wahl ihres Kandidaten Lincoln zum 16. Präsidenten der USA war ein klares Zeichen dafür, dass die bisherige Kompromisskonstruktion in der Westexpansion der Sklaverei an ein Ende gelangt war. Eben weil die südstaatlichen Sklavhalter im politischen Diskurs den Fortbestand ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems an die Westexpansion der Sklaverei gekettet hatten, blieb ihnen nun kaum etwas anderes übrig als in der politischen Entscheidung des Nordens gegen eine weitere Expansion der Sklaverei eine prinzipielle Entscheidung gegen die Sklaverei zu sehen. »A House divided« – das konnte aus Sicht der politischen Elite im Süden nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden als durch die massive Entscheidung des Nordens für Lincoln, der keinen einzigen südstaatlichen Wahlmann im Electoral College hinter sich wusste, aber nahezu alle Wahlmänner der sklavenfreien Staaten gewinnen konnte.

Die Möglichkeit eines Austritts aus der Union und die Präparierung der »state's rights« als Waffe im sektionalen Konflikt wiesen auf zwei ganz unterschiedliche Deutungen des

Charakters der USA hin: Während die politische Elite des Südens die USA als *compact*, als Ergebnis einer Übereinstimmung der Einzelstaaten begriff – und folglich einen Primat der Einzelstaaten verfocht –, sah man im Norden tatsächlich eher eine amerikanische ›Nation‹, die durch das Volk konstituiert sei. Erst die Union habe die Staaten geschaffen und ein Austritt einzelner Staaten sei nicht zulässig (Etges 1999:240ff). Lincoln machte sich diese Sichtweise zu eigen und konnte vor diesem Hintergrund die Sezession der Südstaaten 1860/61 konsequent als Rebellion deuten, die die Union in Frage stellte, aber keineswegs aufgelöst habe. Der Bürgerkrieg war aus seiner Sicht ein Krieg um den Erhalt der Union.

Für die Südstaaten aber war mit der Sezession und der Bildung der CSA die Union aufgelöst und folglich bemühte man sich in der Confederacy um die Herstellung einer eigenen nationalen Identität. Die Fassung des neuen Staates war – auch im Selbstverständnis – ›konterrevolutionär‹. Davis nannte es »an abuse of language«, wenn die Sezession öffentlich als »Revolution« gekennzeichnet wurde; die tatsächliche »Revolution« war in seiner Sicht die Sache des Nordens. Der Süden sei aus der Union ausgetreten, »to save ourselves from a revolution«. Diese Revolution sei – ganz im Gegensatz zur konservativ gedeuteten amerikanischen Revolution des 18. Jahrhunderts – darauf aus, das »social system« des Südens zu zerstören (McPherson 1988:245). Der amerikanische Historiker James M. McPherson hat darum ganz zu Recht den Vorgang der Sezession als »pre-emptive counterrevolution« gekennzeichnet, als ›vorausseilende Konterrevolution‹ – denn eine tatsächliche Bedrohung der Sklaverei in den Staaten des Südens war 1860/61 ja keineswegs bereits Politik der Nordstaaten gewesen (McPherson 1988:245). Die Verteidigung der Sklaverei aber bildete ganz offiziell die Staatsräson der Confederacy; ihr Vizepräsident Alexander Stephens kritisierte in öffentlicher Rede das Gleichheitspostulat der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: »Our new government is founded upon exactly the opposite idea; its foundations are laid, its cornerstone rests, upon the great truth that the negro is not equal to the white man; that slavery ... is his natural and normal condition. This, our new government, is the first in the history of the world based upon this great physical, philosophical, and moral truth« (McPherson 1988:244). Die Confederacy war nicht mehr als ein Verband zum Schutz des Eigentums an Sklaven.

South Carolina und die anderen Staaten des Südens hatten sich für die Sezession einen in mancher Hinsicht günstigen Zeitpunkt ausgesucht, denn der neue Präsident Lincoln trat sein Amt regelgemäß erst einige Monate nach der Wahl an. Zum Zeitpunkt der Sezession und der Gründung der CSA war James Buchanan noch im Amt. Er erklärte die Sezession zwar für illegal, gab aber auch kund, dass er keinen Weg sehe, wie die Union ohne Waffengewalt wiederhergestellt werden könne. Lincoln bezog dann in seiner *Inaugural Address* vom 4. März 1861 eine deutlichere Position. Er erklärte die Sezession nicht nur für illegal, sondern betonte zugleich, dass die Union in ihrem ursprünglichen Umfang nach wie vor existent sei und er als Präsident für die Achtung der Bundesgesetze und die Wahrung des Bundeseigentums auch in jenen Staaten zu sorgen habe, die sich im Zustand der Rebellion befänden. Die Situation der Unionstruppen in Fort Sumter vor der Küste South Carolinas war deshalb für beide Seiten wie geschaffen, um den Konflikt zuzuspitzen: Die Aufrechterhaltung der Nachschublinie zwischen Fort Sumter und den Unionstruppen im Norden war für Lincoln eine Gelegenheit, die Autorität der Bundesregierung zu demonstrieren; für den Süden aber kam alles darauf an, Fort

Sumter als Teil South Carolinas und damit der Confederacy zu reklamieren (McPherson 1988:266–71). Die erzwungene Kapitulation des Forts im April 1861 war folgerichtig für beide Seiten der Anstoß zur Mobilisierung für den Krieg. Bereits am Tag nach dem Fall von Fort Sumter wurden in den Staaten des Nordens rund 75.000 Milizionäre auf zunächst 90 Tage eingezogen, und im Süden brachen weitere Staaten aus der Union aus (Burton 2007:146). Gleichwohl traten nicht alle sklavenhaltenden Staaten der Confederacy bei. Missouri, Kentucky, Maryland und Delaware blieben in der Union und verschafften dem Norden strategische Erleichterung. Tatsächlich wäre die Union bei einer anderen Entscheidung Marylands in große Schwierigkeiten geraten, denn in diesem Fall hätte sich die Bundeshauptstadt Washington von Staaten der Confederacy umgeben gesehen. Dass Missouri in der Union blieb, verschaffte den Nordstaaten die Kontrolle über den Oberlauf der beiden schiffbaren Flüsse Mississippi und Missouri und damit einen für den Verlauf des Krieges nicht unwesentlichen Vorteil.

Der Bürgerkrieg

Lincolns Hoffnung auf einen schnellen militärischen Erfolg des Nordens durch die Eroberung der Hauptstadt des Gegners, Richmond in Virginia, zerstob schnell. Der zähe militärische Widerstand der Armee der Confederacy, organisiert von Robert E. Lee und Thomas Jonathan ›Stonewall‹ Jackson, und die zögerliche Haltung in der militärischen Führung des Nordens (die Lincoln sehr erboste und zum raschen Auswechseln mehrerer Kommandeure führte) verschafften dem Norden nicht den militärischen Durchgriff, der von vielen aufgrund der Überlegenheit an Zahl der Soldaten und Material erwartet worden war. Ermuntert durch den Abwehrerfolg versuchte dann der Süden 1862 eine Entscheidungsschlacht auf dem Territorium des Gegners herbeizuführen. Lees Armee marschierte in Maryland ein, und am 17. September kam es am Fluss Antietam in der Nähe von Sharpsburg zu einer der furchtbarsten Schlachten des Krieges, in der insgesamt 4.800 Soldaten starben und mehr als 18.000 Soldaten verletzt wurden (von ihnen sollten noch 3.000 an den Folgen ihrer Verwundungen sterben). Eine Entscheidung konnte der Süden in dieser Schlacht nicht herbeiführen, und Lee zog sich mit seinen Truppen nach Virginia zurück. An der Ostküste blieb es 1862 somit bei einem labilen Gleichgewicht der Kontrahenten.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ergab sich jedoch ein leichter Vorteil für den Norden: Die Unionstruppen kontrollierten die schiffbaren Flüsse und brachten dadurch Logistik und Nachschub der Südstaaten in die Bredouille. Mit der Eroberung von New Orleans durch die Truppen des Nordens erlitt der Süden im April 1862 die erste wichtige Niederlage. Der Erfolg des Nordens auf dem westlichen Kriegsschauplatz und auf den großen Flüssen setzte sich 1863 fort: Im Verlauf des Sommers eroberten Unionstruppen die Festung Vicksburg und übernahmen endgültig die Kontrolle über den Mississippi. Louisiana, Arkansas und Texas waren damit vom Rest der Confederacy abgeschnitten. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz gewann auch allmählich jener General der Union die Statur, die ihn bald zum wesentlichen Gegenspieler Lees machen sollte: Ulysses S. Grant (McPherson 1988:637f).

Lee hatte unterdessen, ermuntert durch einige kleinere Erfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatz, erneut den Versuch unternommen, auf dem Terrain des Gegners die Entscheidungsschlacht zu suchen. Im Sommer 1863 drang er mit seinen Truppen über Maryland hinaus nach Pennsylvania vor. Hier kam es Anfang Juli zur berühmtesten Konfrontation des amerikanischen Bürgerkrieges: Aus der Schlacht von Gettysburg, die sich über drei Tage hinzog, gingen die Unionstruppen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit und der besseren Position und Befestigung im Feld als Sieger hervor. Lee musste sich mit dem Rest seiner Armee in den Süden zurückziehen; nie mehr sollten Truppen der Confederacy das Territorium der Nordstaaten betreten (McPherson 1988:653–665). Nach Gettysburg stand es außer Frage, dass der Süden den militärischen Konflikt mit den Norden nicht siegreich beenden können. Gleichwohl war es 1863 noch offen, auf welche militärische Weise der Norden seine gewachsene Überlegenheit zur Beendigung des Krieges einsetzen werde. Tatsächlich ging der entscheidende Schritt vom westlichen Kriegsschauplatz aus: 1864 gelang William Tecumseh Sherman, dem neben Grant berühmtesten General der Nordstaaten, der »march to the sea«, in dessen Verlauf Atlanta belagert und zerstört wurde – was Sherman den Ruf eines Proponenten des »totalen«, auch die Zivilbevölkerung stark in Mitleidenschaft ziehenden Krieges einbrachte (Burton 2007:188). Im Dezember 1864 erreichte Sherman mit seinen Truppen Savannah und schließlich South Carolina, den Staat, von dem die Sezession ihren Ausgang genommen hatte. Der Süden konnte dem Marsch Shermans nichts mehr entgegenstellen. Die militärische Entscheidung aber fiel in Virginia zwischen den Armeen Lees und Grants. Die Hauptstadt Richmond wurde erobert, und am 9. April 1865 kapitulierte Lee in Appomattox. Die Zahl der Toten des Krieges auf beiden Seiten betrug rund 620.000 – bei einer Gesamteinwohnerzahl der USA von rund 36 Millionen (Faust 2008).

Die Ursachen für den militärischen Erfolg des Nordens scheinen schnell bei der Hand zu sein: Die zahlenmäßige Überlegenheit der Unionstruppen, die höhere Mobilisierungsfähigkeit im dichter besiedelten Norden, der technische und industrielle Vorsprung (Stahlfabriken, Eisenbahnnetz), die bessere Versorgung der Truppen mit Nahrungsmitteln (McPherson 1988:322), ganz zu schweigen vom Umstand, dass der Norden auf der historisch »richtigen« Seite stand und eine fortschrittliche, demokratisch-kapitalistische Gesellschaft über die rückständige, mit dem Skandal der Sklaverei behaftete Gesellschaft der Südstaaten siegen musste. Wenn die Überlegenheit der Nordstaaten aber derart außer Frage stand, warum hat der Krieg dann vier Jahre gedauert und warum sah es, mindestens in den ersten beiden Jahren, nach einem Gleichgewicht der Kriegesgegner, wenn nicht gar nach einem leichten Vorteil für die Südstaaten aus?

Tatsächlich war die Ausgangssituation für die Confederacy 1861 ungleich »einfacher« als für die Nordstaaten. Auch wenn Lee mehrfach die Entscheidungsschlacht auf dem Boden des Gegners zu erzwingen suchte, so war den Südstaaten zur Aufrechterhaltung der Sezession und der postulierten eigenen Staatlichkeit doch kaum mehr auferlegt als die Verteidigung des eigenen Territoriums (McPherson 2007:55f). Für die Nordstaaten, die der »Rebellion« der Südstaaten das Postulat einer weiter bestehenden Union entgegensetzten, war die Lage etwas schwieriger: Die Durchsetzung der Bundesgesetze und die Beendigung der Rebellion des Südens konnte nur durch einen militärischen Sieg über den Süden – und wie sich bald herausstellte – im Süden gelingen. Solange die Confederacy ihr Territorium und damit den Anspruch auf Staatlichkeit verteidigen konnte, blieb ihr

auch die Hoffnung auf eine Anerkennung durch die europäischen Mächte. Die politischen Eliten des Südens setzten auf die Anerkennung der Confederacy durch Frankreich und vor allem durch England. Die engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Südstaaten und England, der Nexus zwischen Baumwolle und englischer Textilindustrie ließ diplomatische Anstrengungen der in London ansässigen Südstaatler aussichtsreich erscheinen. Im Fall der Anerkennung wäre nicht nur mit außenpolitischem Prestigegewinn, sondern auch mit der Möglichkeit von Waffenlieferungen zu rechnen gewesen. Ihr Ziel erreichte die südstaatliche Diplomatie freilich nicht: Der wirtschaftliche Druck auf England durch den drohenden Ausfall der Baumwollexporte war gering, vor allem weil die englischen Speicher noch gefüllt waren und längst an unterschiedlichen Ecken des englischen Empire mit dem Anbau von Baumwolle begonnen worden war (Burton 2007:144).

Dennoch stand Großbritannien – und in seinem Gefolge auch Frankreich – mehrfach kurz davor, die Confederacy anzuerkennen: Zwei amerikanische Staaten, jeder für sich durch die Spaltung geschwächt – das wäre für die beiden europäischen Großmächte nicht ohne Reiz gewesen. Zumal Frankreich in der Ära Napoleons III. Interessen in Mexiko durchzusetzen beabsichtigte (die Installation des habsburgischen Erzherzogs Maximilian als Kaiser von Mexiko 1864!), die sich mit der Confederacy besser hätten arrangieren lassen als mit einer starken Union, die, der Monroe-Doktrin folgend, »raumfremde Mächte« zu dulden in aller Regel nicht bereit war. Dass die Anerkennung der CSA nicht zustande kam, lag aber schließlich daran, dass Frankreich nicht vor England eine Anerkennung aussprechen wollte, und England die Anerkennung von einem entscheidenden militärischen Erfolg der Südstaaten abhängig machte. Ein solcher blieb jedoch aus (McPherson 1988:387).

Die außenpolitische Isolation der Confederacy hat dem Norden die militärische Auseinandersetzung nicht erleichtert, aber sie hat die Position des Südens deutlich geschwächt. Der Sieg des Nordens war nicht das Ergebnis einer außenpolitischen Konstellation, und auch die faktische Überlegenheit des Nordens an Zahl der Soldaten und Qualität des technischen Materials kann nicht mechanisch als Erklärung für das Ergebnis des Krieges dienen. Ganz entscheidend war vielmehr eine Radikalisierung des Krieges, die mit der Emanzipation der Sklaven einherging. Die Abschaffung der Sklaverei war ja keineswegs von Anbeginn an ein Kriegsziel des Nordens. So sehr die Confederacy in ihrem Selbstverständnis ein Schutzbündnis für die *peculiar institution* war, so deutlich verzichtete der Norden in den ersten anderthalb Jahren des Krieges auf ein entgegengesetztes gesellschaftspolitisches Ziel. Gewiss: Lincoln und die Republikanische Partei waren Gegner der Sklaverei, aber ihre politischen Forderungen reichten zunächst nur dahin, die Expansion der Sklaverei zu verhindern, nicht aber die etablierte Sklaverei in den Südstaaten aufzuheben. »At the time of his election as president«, so urteilte der amerikanische Historiker Eric Foner, »Lincoln was typical of the majority of Northerners, who were willing to go to war over slavery's expansion yet thought of America as essentially a country for white people« (Foner 2009:17). Lincoln und der Norden führten Krieg, um die Union wiederherzustellen und um damit das einzigartige amerikanische Experiment einer Einheit von Republikanismus, Demokratie und Nationalstaat zu bewahren (Potter 1968). Überdies hätte die sofortige Inszenierung des Krieges als Kampf gegen die Sklaverei die Loyalität der sklavenhaltenden Staaten, die nicht an

die Seite der Confederacy getreten waren, gefährdet und den Norden in eine strategisch gefährliche Situation gebracht.

Sklavenemanzipation und Radikalisierung des Krieges

Lincolns Ablehnung der Sklaverei war genuin politisch motiviert: »I hate it«, so formulierte er es anlässlich einer Rede im Oktober 1854, »because it deprives our republican example of its just influence in the world – enables the enemies of free institutions, with plausibility, to taunt us as hypocrites – causes the real friends of freedom to doubt our sincerity« (Lincoln 1992:94). Tatsächlich war die Haltung zur Sklaverei im politischen Kalkül Lincolns dem Ziel des Erhalts (der Wiederherstellung) der Union deutlich nachgeordnet. In einem Brief, den Lincoln am 22. August 1862 an den Zeitungsverleger Horace Greeley geschrieben hatte, kam das deutlich zum Ausdruck: »My paramount object in this struggle is to save the union, and is not either to save or to destroy slavery. If I could save the union without freeing any slaves, I would do it, and if I could save it by freeing all the slaves, I would do it; and if I could save it by freeing some and leaving others alone, I would also do that« (Lincoln 1992:343; Donald 1995:368f). Der Weg zur Sklavenbefreiung, den Lincoln mit der *Preliminary Emancipation Proclamation* am 22. September 1862 und der *Emancipation Proclamation* am 1. Januar 1863 beschritt, war gewiss ohne das Wechselspiel zwischen der abolitionistischen Bewegung, den Notwendigkeiten einer radikalisierten Kriegführung und Lincolns politischem Kalkül nicht denkbar gewesen. Aber noch in diesen Proklamationen schien der Primat der Erhaltung der Union und des Sieges über die ›Rebellen‹ der Confederacy deutlich auf. Das zeigte sich daran, dass die Befreiung der Sklaven nur für die Staaten vorgesehen war, die sich der Confederacy angeschlossen hatten. Die Sklaverei in den Staaten, die nicht aus der Union ausgeschieden waren, blieb von der Proklamation unberührt. In den Teilen der Confederacy, die bereits von der Unionsarmee erobert worden war, hatte man die Sklaven als ›Konterbande‹ angesehen und ihren Besitzern weggenommen (Burton 2007:161). Da noch zum Zeitpunkt der Kapitulation der Confederacy im April 1865 ein großer Teil des Territoriums der Südstaaten unbesetzt war, kam die Befreiung für die meisten Sklaven erst mit dem Ende des Krieges und vollends, als am 6. Dezember 1865 Lincolns Proklamation als 13. Amendment Gesetzeskraft erhielt (Guelzo 2004).

Aber auch wenn die Emanzipation der Sklaven nur eines der Instrumente des Krieges gewesen war, so hatte sie doch einen ganz entscheidenden Anteil am Sieg des Nordens. Die Aussicht auf Emanzipation und auf eine Niederlage der Sklavenhalter mobilisierte nicht wenige der Sklaven im Süden, denen beim Übertritt in die Unionsarmee sofort die individuelle Freiheit zugestanden wurde. Während des Krieges traten rund 200.000 Schwarze – darunter auch viele schon längst freie Schwarze aus den Nordstaaten – in die Unionsarmee ein und dienten dort unter dem Kommando weißer Offiziere. Damit war die Wirkung der Emanzipationsproklamation aber nicht erschöpft. Die Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südstaaten war ab 1863 nicht mehr nur eine Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Der Krieg wurde vielmehr vonseiten des Nordens fortan als Krieg gegen eine Gesellschaftsordnung geführt, mit dem Ziel, die wesentliche Säule der südstaatlichen Wirtschaft und Gesellschaft – die

Sklaverei – auszulöschen. Für die Confederacy ging es nun tatsächlich ums ›Ganze‹, die Möglichkeit eines Friedens auf der Grundlage des Status quo ante war nahezu unmöglich geworden. Überdies hatte sich mit der Politik der Emanzipation die Aussicht auf eine diplomatische Anerkennung der Confederacy durch England und Frankreich deutlich verschlechtert. Eine Anerkennung der Südstaaten gegen die Nordstaaten wäre nun einer expliziten Anerkennung der Sklaverei gleichgekommen, und das hätte der Öffentlichkeit in den beiden europäischen Nationen, die Sklaverei und Sklavenhandel in ihrem Einflussbereich längst ausschlossen (1807/1848), kaum vermittelt werden können.

Die durch die Politik der Emanzipation forcierte Radikalisierung des Krieges hatte freilich auch Risiken für die Nordstaaten. Nicht in allen Teilen der Gesellschaft des Nordens war diese Politik – wie der Krieg insgesamt – populär. Die latente Ablehnung der Sklaverei war keineswegs gleichbedeutend mit der Bereitschaft, den Schwarzen in jeder Hinsicht auf Augenhöhe begegnen zu wollen. Nicht wenige im Norden sahen gar – auch noch lange nach dem Ende des Krieges – die Abolitionisten in schiefem Licht: »For many white Americans after 1865, the abolitionists were the century's villains. ... They had driven a wedge into white America, and they did it because they had become infatuated with an idea. They marched the nation to the brink of self-destruction in the name of an abstraction.« (Menand 2001:373f) Und schon gar nicht war die Gesellschaft der Nordstaaten auf die lange Dauer des Krieges und die Notwendigkeit einer Wehrpflicht vorbereitet. Schnell hatte sich herausgestellt, dass dieser Krieg nicht mit den auf kurze Zeit einberufenen Milizen gewonnen werden konnte. Die 1863 eingeführte Wehrpflicht stieß vor allem unter vielen neu Eingewanderten in New York auf Widerspruch und führte zu regelrechten *riots* (Burton 2007:212). Auch im Süden stellte sich freilich die Wehrpflicht schnell als Problem heraus: Hier war man bereits 1862 zur Wehrpflicht übergegangen, und hatte in der Durchführung die extreme Ungleichheit, die in der Gesellschaft des Südens auch innerhalb der weißen Bevölkerung herrschte, noch einmal zum Ausdruck gebracht: Es gab eine Befreiung von der Wehrpflicht für einige Berufsgruppen und die Möglichkeit, Ersatzleute zu stellen. Vor allem aber war von der Wehrpflicht befreit, wer mindestens zwanzig Sklaven besaß – eine erneute Privilegierung jener Minderheit reicher Sklavenhalter, die den politischen Kurs der Confederacy dominierte.

Freilich gelang es dem Norden – trotz oder vielleicht auch gerade wegen seiner eher disparaten, stark durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft –, den Krieg als Verteidigung der Union und ihrer Versprechen auf Demokratie und sozialen Aufstieg glaubhaft im Binnenraum der eigenen Staaten darzustellen. Das politische System der Demokratie blieb intakt. Gelegentlich hat Lincoln von seinen exekutiven Möglichkeiten Gebrauch gemacht, wenn es darum ging, Illoyalität unter Amtsträgern in den Nordstaaten zu ahnden. Aber der Primat der Politik blieb gewahrt, eine Unterordnung der politischen Entscheidung unter die Imperative der militärischen Führung fand nicht statt. Ein Krieg, der explizit zur Verteidigung einer demokratischen politischen Ordnung geführt wird, kann diese auch gar nicht aufgeben, wenn nicht das Ziel des Krieges gefährdet werden soll. So war es für Lincoln auch selbstverständlich, sich regulär 1864 zur Wiederwahl zu stellen. Sein Gegenspieler war kein Geringerer als sein ehemaliger kommandierender General George B. McClellan, der dem Süden kompromissbereit gegenüberstand, aber von den Wählern abgelehnt wurde. Lincoln gewann diese Wahl mit rund 55 Prozent der Stimmen. Auch die Innenpolitik, die Präsident und Kongress während des Krieges in die Wege leiteten,

war eine, die für das Gesellschaftsmodell des Nordens warb. Ganz zentral hierfür war der *Homestead Act* von 1862, der auch mittellosen Siedlern und neu Eingewanderten den Landerwerb für eine *family farm* ermöglichen sollte. Dieses Gesetz sah vor, dass Männer und Frauen, die amerikanische Staatsbürger waren oder werden wollten, bis zu 160 acres Land aus der *public domain* als Eigentum erhalten konnten, das sie erschlossen und fünf Jahre lang bebaut hatten. Zwischen 1863 und 1904 entstanden rund 720.000 Farmen mit rund 100 Millionen acres auf der Grundlage des *Homestead Act* (Opie 2001).

Reconstruction

Lincoln hat das Ende des Krieges nur um wenige Tage überlebt: Er wurde am Abend des 14. April 1865 in einem Theater in Washington Opfer eines Attentats von John Wilkes Booth, eines Anhängers der Südstaaten. Lincoln erlag am nächsten Tag seiner schweren Verletzung. Mit diesem Märtyrertod wurde er endgültig zu einer Heldengestalt, die in der amerikanischen Erinnerung und Geschichtspolitik überlebensgroß präsent ist – am sichtbarsten im zentral platzierten Lincoln Memorial auf der National Mall in der Hauptstadt Washington. Nicht nur die Rolle als Retter der Union, sondern auch die Herkunft aus eher einfachen Verhältnissen und der Aufstieg in der Frontier-Gesellschaft des Mittleren Westens haben Lincoln zu einer Identifikationsfigur, zu einer Inkarnation der Chancen, die Amerika bereithielt, werden lassen (Peterson 1994). Freilich: Im besiegten Süden behielten andere Sentiments die Oberhand. Die Niederlage wurde als *lost cause* romantisiert (Schivelbusch 2001) und diese konservierende Form der Erinnerung hat nicht wenig dazu beigetragen, die Sklaverei im Rückblick als eine fürsorglich-patriarchale Angelegenheit darzustellen. In welchem Licht der Süden sich gerne sah, bekam das Publikum exemplarisch – und kommerziell sehr erfolgreich – in Margaret Mitchells' Roman und im Film »Vom Winde verweht« vorgeführt: heldenhafte Männer, tapfere Frauen – und servile Schwarze (Fahs/Waugh 2004:10). Eine solche Präsentation des Südens wurde auch im Norden durchaus bereitwillig geglaubt und der solcherart zementierte Rassismus hat es dem Süden bis weit in das 20. Jahrhundert hinein erlaubt, eine tatsächliche Emanzipation der schwarzen Bevölkerung und eine Politik der Bürgerrechte ein ums andere Mal zu sabotieren. Erst hundert Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges, mit der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King und dem *Civil Rights Act* sowie dem *Voting Rights Act* von 1964/65 konnten entscheidende Schritte zur rechtlichen Sicherung der Schwarzen abgeschlossen werden – was keineswegs bedeutete, dass damit die Diskriminierung der *African Americans* in der amerikanischen Gesellschaft an ein Ende gelangt war, sie hielt im Alltag leider weiter an.

Dass nach dem Bürgerkrieg noch einmal hundert Jahre vergehen mussten, ehe die Emanzipation der African Americans einen deutlichen Fortschritt machen konnte, und dass dieser Fortschritt abermals gegen die Gesellschaft der Weißen in den Südstaaten erkämpft werden musste, hatte seine Ursache in der Politik der Jahre unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkriegs. Wenig Aufmerksamkeit hatten die Verantwortlichen in Washington auf die Frage verwendet, wie die Zukunft der befreiten Schwarzen im wiederhergestellten Nationalstaat auszusehen habe. Die Einheit aus Bekämpfung von Sklaverei und Rassismus, welche die abolitionistische Bewegung gekennzeichnet hatte,

war nicht das Ideal der politischen Elite in den Nordstaaten. Lange war hier die Idee der Kolonisation der ehemaligen Sklaven in der Karibik oder in Afrika favorisiert worden – eine ›bequeme‹ Lösung, denn man hätte dann den befreiten Schwarzen keinen Platz in der amerikanischen Gesellschaft einräumen müssen. Ohne die Bereitschaft der emanzipierten Sklaven aber war eine solche Lösung nicht zu haben – und dort stieß sie, ebenso wie unter den Abolitionisten, auf scharfen Widerstand. Auch ein regelrechter Plan dazu, was mit den ›Rebellenstaaten‹ des Südens nach der Niederlage zu geschehen hatte, fand sich nicht in den Schubladen der handelnden Politiker des Nordens. Vor allem über die Frage, unter welchen Umständen die abtrünnigen Staaten wieder in die Union zurückkehren sollten, war schon in den Kriegsjahren Dissens zwischen dem Kongress und Lincoln zutage getreten: Während die Mehrheit des Kongresses eine eher harte Haltung einnahm, einen Loyalitätseid der weißen Bevölkerung forderte und die politische und die militärische Führung der Südstaaten von politischen Ämtern ausschließen wollte, war Lincoln offenbar geneigt, eine kompromissbereite Haltung einzunehmen und einen Weg vorzuschlagen, der auf die Zustimmung von Teilen der weißen Bevölkerung des Südens nicht von vornherein verzichten wollte (Donald 1995:582f).

Lincoln blieb die Chance verwehrt, den Kurs der Wiederherstellung der Union nach dem Ende der Kampfhandlungen zu bestimmen. Seinem Nachfolger, dem vormaligen Vizepräsidenten Andrew Johnson, waren die Schuhe seines Vorgängers viel zu groß. Johnson kam aus Tennessee, hatte selber Sklaven besessen und verfolgte eine recht uneindeutige Politik, deren Ziel wohl darin bestand, auch im Süden eine Gefolgschaft – die Basis einer neuen Partei – zu finden, die ihm 1868 die Wahl zum Präsidenten ermöglichen sollte. Doch Johnson stieß zunehmend auf den Widerstand des Kongresses, in dem seit 1866 die radikalen Republikaner, die dem Süden wenig kompromissbereit gegenüberstanden, eine deutliche Mehrheit besaßen. Sie waren an einer Politik interessiert, die an die Radikalisierung des Krieges durch die Emanzipation der Sklaven angeschlossen und den Gesellschaftsumbau in den Südstaaten vorantreiben sollte. Das 14. und das 15. Amendement, in denen die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und das Wahlrecht für die African Americans verbindlich für alle Staaten geregelt wurden, und das Freedmen's Bureau (offiziell: Bureau of Refugees, Freedmen, and Abandoned Lands) sollten Rechtsgrundlage und Institution bieten, um mit der Gleichstellung der Schwarzen den Süden auf ein neues Fundament zu setzen. Freilich stand dem der erbitterte Widerstand der ehemaligen Sklavenbesitzer im Süden entgegen, die zwar ihr Eigentum an den Sklaven verloren, gleichwohl aber nicht ihren politischen Einfluss in den Staaten des Südens eingebüßt hatten – noch immer stellten sie die herrschende Klasse dar.

Den radikalen Republikanern im Kongress wurde rasch klar, dass an einen Umbau der Gesellschaft der Südstaaten und eine tatsächliche Emanzipation der Schwarzen nicht zu denken war, solange die politische Herrschaft in den Händen der alten Eliten blieb. Der *Reconstruction Act* von 1867, der gegen Johnsons Veto durchgesetzt wurde, versuchte daher den Gesellschaftsumbau als ›Revolution von oben‹ gegen den Widerstand der weißen Pflanzenerlite. Das ging nicht ohne das Militär: Der Süden wurde in fünf Besatzungszonen aufgeteilt, Unionsgeneräle hatten als Militärgouverneure die vollziehende Gewalt. Die Praxis der Reconstruction bestand in einem Neubau aller staatlichen Institutionen unter tatkräftiger Beteiligung der nun politisch ermächtigten schwarzen Männer (Frauen, weiße wie schwarze, blieben nach wie vor ausgeschlossen vom aktiven wie passiven

Wahlrecht). Neue Parlamente wurden in den Südstaaten gewählt und neue Staatsverfassungen verabschiedet. Eine neue gesellschaftliche Mehrheit aus befreiten Sklaven, zugezogenen Nordstaatlern und aufgeschlossenen Südstaatlern sollte den politischen Prozess tragen, der seit 1868 durch den neu gewählten Präsidenten – und ehemaligen Unionsgeneral – Ulysses S. Grant unterstützt wurde. In den Staatsparlamenten saßen über 600 schwarze Abgeordnete, dreizehn Schwarze waren ins Repräsentantenhaus gewählt worden und 1870 wurde für den Staat Mississippi Hiram Revels als erster schwarzer Senator nach Washington entsandt. 1871 hatten alle ehemaligen ›Rebellenstaaten‹ neue Verfassungen verabschiedet und waren wieder vollgültige Bundesstaaten geworden.

Das Scheitern der *Reconstruction* und die Folgen

Die Repräsentanten der alten Ordnung in den Südstaaten gerieten durch die Reconstruction in Bedrängnis, aber sie sann auf Abhilfe und schreckten vor der Entfesselung des individuellen Terrors nicht zurück. Es kam zur Herausbildung des Ku Klux Klan, der nicht nur Schwarze, sondern auch Weiße, die auf der Seite der Reconstruction standen, angriff. Die Demokratische Partei wurde erneut zur Basis der weißen Südstaatler – und sollte es noch bis in die Jahre nach 1960 bleiben. Die Strategie des allmählichen *roll back* durch die alte Elite blieb nicht ohne Erfolge. Vor allem mit der Wirtschaftskrise seit 1873 verringerte sich die Bereitschaft der Nordstaaten, mit dem teuren Instrument der militärischen Besatzung eine Veränderung der Gesellschaft in den Südstaaten gegen den erbitterten Widerstand der weißen Oberschicht zu erzwingen. Grant war 1872 wiedergewählt worden, aber zwei Jahre später gelang es den Demokraten bei der Kongresswahl, die Dominanz der Republikaner zu brechen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1876 – dem Republikaner Rutherford Hayes stand der Demokrat Samuel Tilden entgegen – kam es zu einem Patt, als Tilden im *popular vote* vorne lag, die Republikanische Partei aber seinen Vorsprung im Electoral college, das schließlich den Präsidenten wählt, bestritt. 1877 kam es zu einem Kuhhandel: Hayes wurde Präsident, musste aber zusichern, dass die Unionstruppen aus dem Süden abziehen würden (Burton 2007:311f). Damit war die Reconstruction beendet – eine »unfinished revolution« (Foner 1988), die das Ziel eines dauerhaften Umbaus der Gesellschaft und einer tatsächlichen Emanzipation der ehemaligen Sklaven nicht erreicht hatte. Der Süden blieb fortan sich selbst überlassen und es dauerte nicht lange, bis alle erreichten Fortschritte in der politischen und rechtlichen Gleichstellung der Schwarzen aufgehoben waren. Das berühmte Urteil des Supreme Court im Fall *Plessy vs. Ferguson* schrieb dann 1896 fest, was im Süden längst harter Alltag war: Rassensegregation und Entrechtung der schwarzen Bevölkerung durch die »separate but equal«-Doktrin. Auch für die Jahre nach 1877 gilt, dass Norden und Süden sich in der Praxis des Rassismus nicht widersprachen, sondern durchaus Komplizenhaft verbunden waren: »Southern white supremacy was constructed in *conjunction with*, rather than *in opposition to*, developments in the rest of the country after Reconstruction.« (King/Tuck 2007:214)

Die Folgen des Bürgerkrieges waren in den Jahrzehnten danach auf vielfältige Weise zu spüren. Sie reichten weit über die gescheiterte Reconstruction und die Politik der Rassensegregation hinaus und erschöpften sich auch nicht in der anhaltend problematischen Balance zwischen Norden und Süden in der wiederhergestellten Union. Zu

den geistigen Konsequenzen des Amerikanischen Bürgerkrieges gehört aber auch die Herausbildung des Pragmatismus als genuin amerikanischer Beitrag zur politischen Philosophie. William James, Charles Sanders Peirce und Oliver Wendell Holmes, die zur ersten Generation der Pragmatisten gehörten, waren Zeitzeugen der Unversöhnlichkeit und Gewalt des Bürgerkrieges gewesen. Es fällt schwer, im Pragmatismus nicht auch eine intellektuelle Reaktion darauf zu sehen – eine Reaktion, die nach einem Mental Framework sucht, das nicht nur die Heilung der Folgen des Krieges ermöglicht, sondern vor allem dazu beiträgt, künftige Konflikte und Culture Wars zu vermeiden (Menand 2001:49–69). Bestandteile eines solchen Framework im Pragmatismus sind vor allem die Zurückweisung ›fundamentalistischer‹ Positionen und die Favorisierung epistemischer Bescheidenheit. Damit ist – und das markiert den Unterschied zwischen dem Pragmatismus als spezifische politische Philosophie und einem alltagssprachlichen Verständnis von ›pragmatischem Handeln‹ – kein bloßes ›Durchwurschteln‹ und kein Akzeptieren des Status quo und seiner Institutionen gemeint, sondern eine Einladung zum Lernprozess, zum Wissenserwerb durch Praxis, durch Trial and Error. Im Ergebnis favorisierte der Pragmatismus das Experiment, die Abkehr von der Routine. Franklin Delano Roosevelt setzte dieses Framework dann in Politik um. Sein New Deal der Jahre nach 1933 war nicht als fixer Plan gedacht, sondern als offenes Experiment. 1932 hatte Roosevelt genau das seinen Wählerinnen und Wählern versprochen: »The country needs, and, unless I mistake its temper, the country demands, bold, persistent experimentation. ... Above all, try something.« (Roosevelt zit. nach Schlesinger 1957:290) Sieht man den New Deal als eine Ära, die über die Präsidentschaft Roosevelts (1933–1945) hinausgereicht hat und auch noch die Jahre der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons (1963–69) umfasst, so lässt sich diese Zeit tatsächlich als Triumph des Pragmatismus und folglich, nicht zuletzt auch durch die politischen Ergebnisse der Bürgerrechtsbewegung, als endgültige Überwindung des 19. Jahrhunderts verstehen.

Literatur

- Burton, Orville Vernon (2007): *The Age of Lincoln*. New York: Hill and Wang
- Donald, David Herbert (1995): *Lincoln*. New York: Simon and Schuster
- Etges, Andreas (1999): *Wirtschaftsnationalismus: USA und Deutschland im Vergleich (1815–1914)*. Frankfurt a. M.: Campus
- Fahs, Alice/Waugh, Joan (2004): *The Memory of Civil War in American Culture*. Chapel Hill, NC: The University of North Carolina Press
- Faust, Drew Gilpin (2008): *This Republic of Suffering: Death and the American Civil War*. New York: Alfred A. Knopf
- Förster, Stig/Nagler, Jörg, Hg. (1997): *On the Road to Total War: The American Civil War and the German Wars of Unification, 1861–1871*. New York: Cambridge University Press
- Foner, Eric (1970): *Free Soil, Free Labor, Free Men: The Ideology of the Republican Party before the Civil War*. New York: Oxford University Press
- Foner, Eric (1988): *Reconstruction: America's Unfinished Revolution, 1863–1877*. New York: Harper Collins
- Foner, Eric (2009): *Our Lincoln*. In: *The Nation*, January 26, 2009
- Gall, Lothar (1975): *Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«*. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: *Historische Zeitschrift* 220: 324–356

- Genovese, Eugene D. (1994): *The Southern Tradition: The Achievement and Limitations of an American Conservatism*. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Guelzo, Allen C. (2004): *Lincoln's Emancipation Proclamation: The End of Slavery in America*. New York: Simon and Schuster
- Henretta, James A./Brody, David/Dumenil, Lynn (1999): *America: A Concise History*. Boston, MA: Bedford/St. Martins
- Hobsbawm, Eric (1962): *Europäische Revolutionen*. München: Kindler
- Hobsbawm, Eric (1977): *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848 bis 1875*. München: Kindler
- Hobsbawm, Eric (1989): *Das imperiale Zeitalter: 1875–1914*. Frankfurt a. M.: Campus
- Kammen, Michael (1991): *Mystic Chords of Memory: The Transformation of Tradition in American Culture*. New York: Alfred A. Knopf
- King, Desmond/Tuck, Stephen (2007): *De-Centring the South: America's Nationwide White Supremacist Order after Reconstruction*. In: *Past and Present* 194: 213–253
- Levine, Bruce (1992): *The Spirit of 1848: German Immigrants, Labor Conflict, and the Coming of the Civil War*. Urbana, IL: University of Illinois Press
- Lincoln, Abraham (1992): *Selected Speeches and Writings*. New York: Vintage Books/The Library of America
- Lipset, Seymour Martin (1963): *The First New Nation: The United States in Historical and Comparative Perspective*. London: Heinemann
- McPherson, James M. (1988): *Battle Cry of Freedom: The Civil War Era*. New York: Oxford University Press
- McPherson, James M. (2007): *This Mighty Scourge: Perspectives on the Civil War*. New York: Oxford University Press
- Menand, Louis (2001): *The Metaphysical Club*. London: Harper Collins
- Opie, John (2001): *Homestead Act*. In: Boyer, Paul, Hg.: *The Oxford Companion to United States History*. New York: Oxford University Press: 344
- Perdue, Theda/Green, Michael D. (2007): *The Cherokee Nation and the Trail of Tears*. New York: Penguin
- Peterson, Merrill D. (1994): *Lincoln in American Memory*. New York: Oxford University Press
- Potter, David (1968²): *Civil War*. In: Woodward, C. Vann, Hg.: *The Comparative Approach to American History*. New York: Basic Books: 135–145
- Schivelbusch, Wolfgang (2001): *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918*. Berlin: Alexander Fest Verlag
- Schlesinger, Arthur M. (1957): *The Crisis of the Old Order, 1919–1933*. Boston, MA: Houghton Mifflin
- Dred Scott vs. Sanford*, 60 U.S. 393. [Verfügbar unter: <http://caselaw.lp.findlaw.com/scripts/getcase.pl?navby=CASE&court=US&vol=60&page=393>, Zugriff 21.2.2009]
- Stephanson, Anders (1995): *Manifest Destiny: American Expansion and the Empire of Right*. New York: Hill and Wang
- Thomas, Emory M. (1991): *The Confederacy as a Revolutionary Experience*. Columbia, SC: University of South Carolina Press
- Turner, Frederick Jackson (1925): *The Significance of Section in American History*. In: Ridge, Martin, Hg.: *History, Frontier, and Section. Three Essays by Frederick Jackson Turner*, (1993). Albuquerque, NM: University of New Mexico Press: 93–116
- Weichlein, Siegfried (2004): *Nation und Region: Integrationsprozesse im Bismarckreich*. Düsseldorf: Droste
- Wilson, Edmund (1962): *Patriotic Gore: Studies in the Literature of the American Civil War*. New York: Farrar, Straus and Giroux